

Bebauungsplan „Dyckerhoff“

Was wird aus den über 100 Einwendungen – Thema beim letzten GRÜNEN-Treffen

Budenheim. – Der Bebauungsplan „Dyckerhoff“ war wieder Thema beim letzten GRÜNEN-Treffen. Die GRÜNEN gehen davon aus, dass in der kommenden Ratssitzung dieser Bebauungsplan auf der Tagesordnung stehen wird.

Die GRÜNEN hoffen sehr, dass dann die zahlreichen Einwendungen der Budenheimer Bürgerinnen und Bürger detailliert vorgestellt und besprochen werden. Klaus Neuhaus von den GRÜNEN befürchtet allerdings, dass der Rat den Bebauungsplan einschließlich der Einwendungen nicht mehr detailliert berät.

Die GRÜNEN selbst waren sich einig darüber, dass sie bei ihren Positionen bleiben und deshalb gegen das Gesamtprojekt stimmen. Die Gründe sind für sie folgende: Sie sind gegen eine stationäre Bodenbehandlungsanlage und wollen nicht akzeptieren, dass die Fläche auf der diese betrieben werden soll, als Sondergebiet ausgewiesen wird. Diese Trickserei umgeht die nötigen Abstandsregelungen zum Wohngebiet, die sie zum



Das betroffene Grundstück.

(Foto: Die GRÜNEN)

Schutz der Menschen für dringend geboten halten. Außerdem sind die GRÜNEN gegen die lange Laufzeit der Anlage von 15 Jahren, der bereits eine Ratsmehrheit zugestimmt hat.

Nach Ablauf kann das Anlagengelände, samt Gebäude laut Vertrag mit dem Investor von der Gemeinde für mehrere Millionen Zeitwert erworben werden, inklusive der Haftung für die darunter befindliche Altlast. Wenn nicht, läuft die Anlage weiter. Das ist eine sehr hohe Hypothek für alle künftigen Ratsmitglieder, die das dann zu entscheiden haben. Ein wei-

terer wichtiger Punkt der GRÜNEN sei die Forderung nach sozialem Mietwohnungsbau. Mindestens 10 % der neuen Wohneinheiten sollten nach ihrer Auffassung realisiert werden und das sei schon ein Kompromiss gewesen, stellte Klaus Neuhaus fest. Während in Mainz 20 % bis 30 % Anteil im sozialen Mietwohnungsbau bei Neubaugebieten normal seien, verzichte Budenheim auf eine der letzten Chancen dazu, und das bei über 200 Personen, die bei der „Wohnbau“ auf der Warteliste für eine Sozialwohnung bzw. für eine bezahlbare Wohnung stehen. Die Bu-

denheimer GRÜNEN sind auch der Meinung, dass die Gemeinde nicht „hart“ genug mit dem Investor verhandelt hat.

Der Investor beteiligt sich z.B. nach langen Verhandlungen zu 50 % an den Entstehungskosten der Kita, die im neuen Wohngebiet entstehen soll. Diese scheinbar hohe Beteiligung relativiere sich, wenn man weiß, dass der Investor rund 950.000 Euro dadurch spart, dass der Rat einer Reduzierung der Stellplätze von 1,5 auf einen Stellplatz je Wohneinheit zugestimmt hat.

Dazu komme noch, dass der Investor für das Grundstück auf dem die KiTa gebaut wird, der Gemeinde 650 pro Quadratmeter „in Rechnung stellt“. Für die GRÜNEN ist das alles in allem ein Bebauungsplan, dem sie nicht zustimmen können.

Die Einwendungen der Bürgerinnen und Bürger werden sicherlich noch zusätzliche Gegenargumente liefern. Deswegen müssen sie auf jeden Fall vom Gemeinderat detailliert diskutiert und behandelt werden.